

Forderungspapier: Für eine Radikale Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks

Problemstellung: In Deutschland wird seit Jahren über die GEZ-Gebühren und die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert. Trotz wiederholter Kritik und Forderungen nach Reformen zeigt sich ein Unwille seitens der Politik und des Öffentlichen Rundfunks, wirklich grundlegende Veränderungen anzugehen. Dies führt zu einem Verlust des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in das gesamte System.

Forderungen:

- 1. Stufenweise Abschaffung der Gebühren:**
 - Wir fordern eine schrittweise Abschaffung der GEZ-Gebühren über einen Zeitraum von 10 Jahren.
 - Dieser Prozess soll den Sendern Zeit geben, sich auf die Änderungen einzustellen und alternative Finanzierungsmodelle zu entwickeln.

- 2. Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Sender:**
 - Die Sender ARD, ZDF und Deutschlandradio sollen privatisiert werden, um eine unabhängige Finanzierung und Programmgestaltung zu gewährleisten.
 - Durch die Privatisierung können wettbewerbsfähige und vielfältige Angebote entstehen, die sich stärker an den Interessen der Zuschauerinnen und Zuschauer orientieren.

- 3. Fortführung der Landessender durch die Bundesländer ohne Gebühren:**
 - Die Landessender der Bundesländer sollen weiterhin bestehen bleiben und vom jeweiligen Land unterstützt werden.
 - Diese Sender sollen ohne Gebühren arbeiten und durch klare Richtlinien für Unabhängigkeit und Qualität gesichert werden.

Begründung:

- Die radikale Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist notwendig, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Medienlandschaft wiederherzustellen.
- Die Abschaffung der GEZ-Gebühren über einen längeren Zeitraum ermöglicht einen sanften Übergang für alle Beteiligten.
- Die Privatisierung der Sender führt zu einer effizienteren Nutzung von Ressourcen und einer stärkeren Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Zuschauerinnen und Zuschauer.
- Durch die Fortführung der Landessender ohne Gebühren wird die lokale Berichterstattung gestärkt und die kulturelle Vielfalt gefördert.

Sanktionen bei Nicht-Umsetzung:

- Sollten Politik und der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht bereit sein, diese Reformen anzugehen, fordern wir klare Sanktionen.
- Eine mögliche Strafe könnte darin bestehen, dass staatliche Unterstützung und Finanzierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reduziert oder eingefroren wird.

Wir rufen dazu auf, mutige Schritte für eine zeitgemäße Medienlandschaft zu gehen. Die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ein erster Schritt, um die Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität der Medien in Deutschland zu sichern.

Geszeichnet: IfmR – Deutschland